

ist der Wirrwarr sozial- und wirtschaftspolitisch diktiert Tarifsätze, die mit kaufmännischer Preisgestaltung nichts zu tun haben, zur Tradition geworden. Monieren die Gutachter: „Es ist aber doch unmöglich, von der Eisenbahn ein kaufmännisches Denken und Handeln zu verlangen, wenn ihr ein kaufmännisches Reagieren auf Änderungen des Marktes und der Kostenstruktur durch Eingriffe von hoher Hand verwehrt wird.“

Folgerichtig wird vorgeschlagen, die Tarifoheit von Seebahns Eisenbahnbeamten auf die Bundesbahnverwaltung zu übertragen. Oeffterings Kaufleute sollen damit die Möglichkeit erhalten, die Tarife so festzusetzen, wie eine kaufmännische Kalkulation es verlangt — also beispielsweise die Berufs- und Schülertarife sowie alle anderen Sozialtarife des Personenverkehrs und die Subventionstarife im Güterverkehr heraufzusetzen.

An dieser Stelle allerdings scheint den kühnen Gutachtern die nur begrenzte Anwendbarkeit privatwirtschaftlicher Rentabilitäts-Maximen auf die Bundesbahn deutlich geworden zu sein. Sie setzen nämlich den Fall, daß der Gesetzgeber auf diesen Pfaden zur Marktwirtschaft nicht folgen und auf den Sondertarifen bestehen werde: „Für solche Belastungen muß die DB in Zukunft schadlos gehalten werden.“ Dafür haben die Gutachter 250 Millionen Mark jährlich aus dem Bundesetat vorgesehen.

Das „Schadloshalten“ wird auch bei anderen Lasten ins Auge gefaßt, denen sich die Bundesbahn allein durch kaufmännisches Verhalten nicht entziehen kann. So verlangt die Brand-Kommission vom Bund die Übernahme von jährlich

▷ der Hälfte aller Pensionszahlungen (400 Millionen Mark) und für den Fall, daß der Bundesbahn-Haushalt auch dann noch nicht ausgeglichen ist, sogar der gesamten Pensionskosten von 800 Millionen Mark und

▷ 27 Millionen Mark für Einnahmeausfälle im Personenverkehr mit der Sowjetzone.

Trotz all dieser Bemühungen, dem Professor Oefftering zu einer sauberen Kostenrechnung zu verhelfen, erweist sich das Gutachten dann aber schließlich doch als eine Kapitulation vor der Unmöglichkeit, eine Einrichtung wie die Bundesbahn überhaupt im kaufmännischen Sinne zu sanieren. Da nämlich die Addition der privatwirtschaftlich konzipierten Sanierungspläne noch immer nicht zu einer ausgeglichenen Bahnbilanz langte, verordneten die Gutachter schlicht einen deftigen Griff in die Bundeskasse — auch für solche Kosten, die ausschließlich unternehmensbedingt sind.

Der Bund soll jährlich zuschießen:

▷ 200 Millionen Mark auf zehn Jahre zur Kapitalaufstockung bei der Bundesbahn um zwei Milliarden Mark;

▷ die Hälfte der Kosten für die Bewachung schienengleicher Wegübergänge, das sind 85 Millionen Mark;

▷ einen Teil der laufenden Investitionskosten (soweit sie nicht am Kapitalmarkt aufzutreiben sind) bis zu einer Höhe von 600 Millionen Mark;

▷ 325 Millionen Mark für einen Pensionsfonds, sofern die Bahn diesen Betrag nicht selber erwirtschaften kann.

Daß somit das Geniestück der sieben Experten auf das wenig einfallsreiche Rezept hinausläuft, die Bundesbahn mittels laufender hoher Bundeszuschüsse zu „sanieren“ — wie gehabt —, wird in einer abschließenden Forderung vollends deutlich: Sollten auch nach Anwendung des Brand-Planes immer noch Verluste auftreten, muß der Bund auch sie pauschal decken.

PRESSE

SOLDATEN-ZEITUNG

Schrei in der Wüste

Sie sollen nicht beschämt sein, und Sie sollen nicht bitten“, wies der Großrabbiner Dr. Isaak Goldstein den Vertreter eines Blattes zurecht, dem andere führende Persönlichkeiten der auf 30 000 Seelen zusammengeschmolzenen deutschen Judenheit üblicherweise ankreiden, es huldige neonazistischen Tendenzen und zeige sich ob mancher Greuel der jüngsten deutschen Vergangenheit leider überhaupt nicht beschämt.

Was der Großrabbiner aus Berlin ausgerechnet der „Deutschen Soldaten-Zeitung“



Großrabbi Goldstein
Kommt von Pumpedita her

(DSZ) erklärte, stand in schroffem Gegensatz zu Verlautbarungen, mit denen der Zentralrat der Juden in Deutschland die Hakenkreuzschmierereien der letzten Wochen beklagte. Sagte Goldstein: „... die Synagoge wird keinesfalls dadurch entweiht, daß Außenstehende die Außenseite ihrer Mauern beschmieren.“

Dr. Isaak Goldstein — er zählt nicht nur den berühmten Rabbi von Bacharach, sondern auch den Rabbi Jochanan ha-Sandalar zu seinen Ahnen, der an der Sammlung des Talmud beteiligt war — gab in dem Interview mit der „Deutschen Soldaten-Zeitung“ zu verstehen, daß

▷ die jüdische Minderheit in Deutschland ihrer eigenen Sache einen schlechten Dienst erweise, wenn sie die Sudeleien halbstarker Lausejungen („Haben Sie als Kind nicht geschmiert?“) dramatisiere, und daß

▷ ausländische Judenführer sich um der jüdischen Sache willen hüten sollten, aus solchem Anlaß politische Forderungen — etwa nach einer neuen Entnazifizierung — an die Bundesregierung zu richten.

Der Großrabbiner lobte nicht nur ausdrücklich einen Leitartikel der „Deutschen Soldaten-Zeitung“, in dem solche „Zumutungen“ empört zurückgewiesen worden waren, er beschuldigte zugleich die Bundesregierung, sie habe „gegenüber manchen Juden und gegenüber manchen jüdischen Forderungen“ zu wenig Festigkeit gezeigt. Bekannte Goldstein: „Auf lange Sicht belastet das dauernde Nachgeben das deutsch-jüdische Verhältnis mehr als Geradheit und Offenheit.“

Erstaunlicherweise sind solche Erklärungen nicht weit von den Thesen Adolf von Thaddens entfernt, der im „Reichsruf“, dem Organ der rechtsradikalen Deutschen Reichspartei, hartnäckig die Meinung verfißt, der nach dem Kriege in Deutschland ins Kraut geschossene „übertriebene Philosemitismus“ züchte erst einen neuen Antisemitismus. Von Karl Marx, dem Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“, die als offizielles Sprachrohr der Deutschen jüdischen Glaubens gilt, trennt den Rabbi Goldstein dafür vieles.

Goldstein meinte, ein Jahr und sieben Monate Gefängnis für ein „einziges dummes und primitives Heil Hitler“ sei zuviel. Er fürchtet, aus solchen drakonischen Urteilen werde „ein neuer Antisemitismus wachsen“.

Marx hingegen fand, der Spruch gegen die Schmierer der Heiligen Nacht von Köln sei zu milde ausgefallen.

Unter dem Titel „Zuviel Kompromisse“ rechnete er der Bundesregierung in der „Jüdischen Allgemeinen“ Fehler vor, von denen er glaubte, sie seien indirekt ursächlich für die jüngste antisemitische Schmierkampagne. Wichtigste Fehlentscheidungen waren nach Marx:

▷ der Beschluß, die dritte Strophe des Deutschlandliedes solle Nationalhymne sein („... wie sich sehr bald zeigte, war dies keine glückliche Lösung“),

▷ die Verabschiedung des 131er-Gesetzes, das politisch belastete, verdrängte Beamte entweder zurück in Amt und Würden oder in den Genuß der bis dahin gesperrten Pensionen brachte („Die Gelder kommen zum Teil denjenigen zugute, die gegen den Staat kämpfen...“), und

▷ die Duldung rechtsradikaler Blätter, wie des „Reichsrufs“ und der „Deutschen Soldaten-Zeitung“.

Der „Deutschen Soldaten-Zeitung“ bescheinigte Marx, daß sie „sich fast in jeder ihrer Ausgaben mit solchen Dingen identifiziert, die im Gegensatz zu den Auffassungen und Zielen stehen, die sich die Bundesrepublik gestellt hat“ — ein Vorwurf, der offenbar den Großrabbiner Goldstein in Berlin nicht im geringsten beeindruckt hat.

In demselben Blatt, das nach Marx wegen seiner verfassungsfeindlichen Bestrebungen verboten werden sollte, attackierte Goldstein seinerseits die — wie er glaubt — falsche Politik der jüdischen Minderheit in Deutschland, beschuldigte den Herausgeber der „Jüdischen Allgemeinen“ einer „Instinkttlosigkeit sondergleichen“ und erklärte: „Sie dürfen nicht manche Figuren, die sich hier oder dort in den Vordergrund gespielt haben, für das Judentum nehmen.“

Ob Dr. Isaak Goldstein absichtlich die „Deutsche Soldaten-Zeitung“ als Plattform wählte, um seinen Angriff gegen die Interessenten-Politik deutsch-jüdischer Kreise vorzutragen, weil er sich davon besonders nachhaltige Wirkung versprach, bleibt unklar. Sicher aber ist, daß dem Berliner Großrabbiner schlechterdings nicht verborgen geblieben sein kann, welche Tendenzen dieses „Blatt für Unheilbare und

Gamaschenknöpfe“ (Strauß) gemeinhin vertritt.

Redigiert von dem 28jährigen Chefredakteur Gerhard Frey aus Cham in der Oberpfalz („Als die Amerikaner kamen, habe ich geweint, weil das Vaterland eine Schlacht verloren hat“) und dem ehemaligen SS-Sturmführer Erich Kernmayr (Verantwortlich für Militärisches), kümmert sich die „Deutsche Soldaten-Zeitung“ selten um politische Realitäten, träumt aber um so öfter von verblichenen großdeutschen Siegen.

Schrieb die „Süddeutsche Zeitung“: „Diese sogenannte ‚Soldatenzeitung‘, die sich nicht genug tun kann, Goebbels' propagandistische Qualitäten zu feiern, bleibt auch dem Sprachschatz der Vergangenheit treu.“ Illustre Beispiele des in der „Deutschen Soldaten-Zeitung“ gepflegten rüden Landsknechtsjargons finden sich nicht nur in DRP-Starredner Hans-Ulrich Rudels Memoiren „Vor fünfzehn Jahren“, die das Blatt als Fortsetzungsroman veröffentlicht. Typisch für den Stil der DSZ ist jener Bericht „Persönlich in der Hölle von Warschau“, in dem der Kampf der SS-Truppen gegen die Aufständischen im Ghetto geschildert wird:

„Wir setzen ein paar Feuerstöße aus den MP dazwischen, dann nehmen wir sie im Nahkampf auf die Dolche... Wir müssen rein ins Haus und erst dort Feierabend machen. Es geht nach zwei Handgranaten auch voran. Das ganze Erdgeschoß räumen wir mit unseren Dolchen auf...“

Diese blutrünstigen Prahlereien und die sich ständig steigernden Angriffe gegen eine Demokratisierung der Bundeswehr wurden selbst dem sonst nicht empfindlichen Franz-Josef Strauß zuviel. Als das Blatt im Frühjahr 1959 offen gegen Bundespräsident Heuss Front machte — Heuss hatte in einer Rede vor Fähnrichen überholte militärische Traditionen kritisiert —, ließ Strauß einen Sprecher seines Ministeriums erklären: „Nach diesem Angriff möchte ich sagen, wenn es eine Größenordnung der Distanzierung gäbe, würden wir die größte wählen, die möglich ist.“

Die Tatsache indes, daß der Großrabbiner Dr. Isaak Goldstein keine Hemmungen kannte, gerade diesem Blatt zu ungewohntem Echo zu verhelfen, mag zum Teil auch persönliche Gründe haben: Seit sich Rabbi Goldstein mit der Berliner jüdischen Gemeinde überwarf, findet er nur noch schwer eine publizistische Plattform.

Mit einem Empfehlungsschreiben des früheren französischen Hochkommissars André François-Poncet in der Tasche, war Goldstein Anfang 1957 in Berlin erschienen und von dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Heinz Galinski, zum 1. März 1957 als Rabbiner eingestellt worden — Großrabbiner nannte er sich selbst.

Die 6200 Seelen zählende Westberliner Gemeinde glaubte zunächst, in diesem elften Nachkriegsrabbi endlich den rechten Mann gefunden zu haben. Doch sollten diese Hoffnungen rasch enttäuscht werden: Heftige Auseinandersetzungen über finanzielle Transaktionen Goldsteins führten am 6. September 1957 zur fristlosen Kündigung. Sagt Goldstein über das Verhältnis zwischen der Berliner Gemeinde und ihren Rabbinern: „Diese Braut heiratet nicht, sie flirtet nur, solange Galinski regiert.“

Mit seinem Vorwurf gegen „Alleinherrscher Galinski“ steht Goldstein („Mir ist die Kanzel verboten, also muß ich in der Wüste schreien“) freilich nicht allein. Er kann sich auf die Unabhängige Jüdische Vereinigung berufen, die als organisierte Minderheit bei den Vorstandswahlen im Frühjahr 1958 vergebens die Vormachtstellung des betriebssamen Heinz Galinski zu erschüttern versuchte. In einem Wahlkampfblatt polemisierten die unabhängigen Juden damals:

„Da der gegenwärtige sogenannte Vorsitzende der Gemeinde, Herr Galinski, in seinem übersteigerten Geltungsbedürfnis nicht gewillt ist, seine Machtansprüche mit einer rabbinischen Autorität zu teilen, ist die größte Gemeinde Deutschlands... auch heute noch ohne... religiöse Oberhaupt.“

Gegen die Propaganda des starken Mannes Galinski, der sich als Redakteur des Berliner Teils der „Jüdischen Allgemeinen“ unermüdlich selbst zitiert, stellten die Oppositionellen das Argument: „Unsere heilige Thora verbietet es, Menschen zu Götzen zu machen... die Propagandisten der Liste 1 verletzen nach wie vor diesen Grundsatz. Soll das so weitergehen?“

Es ging so weiter. Auch die Beschwörung der Thora vermochte die klägliche Niederlage der Unabhängigen im Wahlkampf der 6200 Seelen nicht zu verhindern: Heinz Galinski ist nach wie vor absoluter Herr über die jüdische Gemeinde.

Um wenigstens einen Punkt ihres Wahlprogramms durchzusetzen — „Vorstands-



Gemeindevorsitzender Galinski

„Herr Goldstein wird keine fünf Menschen hinter sich haben“

mitglieder müssen ihre Tätigkeit ohne pekuniäre Vorteile ausüben“ —, wollen seine Gegner jetzt gerichtlich klären lassen, ob der Gemeindevorsitz als hauptberufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit zu werten ist. Das heißt: ob Heinz Galinski sein monatliches Bruttogehalt von 1400 Mark, seine monatliche Aufwandsentschädigung von 400 Mark und eine Kraftwagenpauschale von 300 Mark von der Gemeinde zu Recht empfängt oder nicht.

Unter diesen Umständen spricht manches dafür, daß der von Heinz Galinski gestürzte Rabbi Isaak Goldstein mit seinem Soldaten-Interview einfach die Flucht nach vorn angetreten hat, weil er — ebenso wie die Unabhängigen — in der „Jüdischen Allgemeinen“ nicht zu Wort kam.

Jedenfalls tat Goldstein nichts, seine Feindschaft gegen Galinski zu verbergen („Mit Galinski arbeite ich überhaupt nicht zusammen, nein! nein! niemals!“), sondern gab den Lesern der Soldaten-Zeitung Interna aus dem jüdischen Bruderkrieg in Berlin zum besten: „Anstelle des Tempels“, beklagte sich der Rabbi bei den DSZ-Gamaschenknöpfen, „steht heute ein Kulturzentrum, ... ein prunkvolles Gebäude, dessen Instandhaltung jährlich vielleicht einhunderttausend bis einhundertzwanzigtausend Mark beansprucht.“

Die Antwort von Heinz Galinski und Karl Marx ließ nicht lange auf sich warten. Die „Jüdische Allgemeine“ veröffentlichte wenige Tage nach Erscheinen des Interviews eine Erklärung der Rabbiner-Konferenz der Bundesrepublik, die Dr. Isaak Goldstein zunächst des Titels „Großrabbiner“ entkleidete. Schrieben die Rabbis: „In Wirklichkeit gibt es einen solchen Titel überhaupt nicht... In der Bundesrepublik war Dr. Goldstein vom 1. März 1957 bis 6. September 1957, also nur ein halbes Jahr, bei der Gemeinde in Berlin als Rabbiner tätig. Dr. Goldstein kann also nicht als Sprecher für die Mehrheit oder irgendeinen beachtlichen Teil der Judenheit in der Bundesrepublik auftreten.“

Dazu Karl Marx, der Goldstein einen „üblen Opportunisten“ nennt: „Echte Demokraten und die Juden der ganzen Welt können dieses Interview nur unwürdig finden. Herr Goldstein wird keine fünf Menschen hinter sich haben.“ Um Goldstein vollends zu diskreditieren, forderte der Herausgeber



Wochenzeitungs-Herausgeber Marx

der „Jüdischen Allgemeinen“ von einem „sehr frommen Mann aus der Schweiz“ ein Gutachten an, das den gefeuerten Rabbi auch noch der Gloriole eines edlen Stammbaums berauben soll, den Goldstein so herleitet: „Im Jahre 1038 starb in Pumpedita (Babylonien) 98jährig mein Ahne Rav Hai Gaon, dessen Jurisdiktion sich über sämtliche in aller Welt zerstreuten Juden erstreckte. Von dort führt der Faden ins Heilige Land...“ Marx-Kommentar: „Das stimmt ja alles nicht.“

Alleiniger Gewinner in diesem brüderlichen Streit blieb bis zur Stunde die „Deutsche Soldaten-Zeitung“, die das Interview in der darauffolgenden Nummer im Wortlaut wiederholte und sich selbst bescheinigte: „Das DSZ-Exklusiv-Interview mit Dr. Goldstein war eine der größten innenpolitischen Sensationen der letzten Jahre... Dr. Goldstein hat mit seinen Worten eine Bresche geschlagen in die Intoleranz und den Völkerraß, in die Gemeinheit und in die Schurkerei, die Antisemiten und Antideutsche letztlich verbindet.“

Chefredakteur Gerhard Frey zeigte sich dem historischen Augenblick gewachsen: „Nehmen Sie dieses Blatt... und geben Sie es weiter!... Geben Sie Ihre Zustimmung durch das Abonnement der Deutschen Soldaten-Zeitung.“